



## **Erwartungen der chemischen Industrie an ein erfolgreiches Klimaschutzabkommen der COP 21 in Paris**

### ■ Kernforderungen

- Festlegung rechtlich verbindlicher und vergleichbarer Minderungsbeiträge zumindest in allen wichtigen Emittentenländern.
- Festlegung eines einheitlichen und verpflichtenden Berichts-, Mess- und Verifizierungswesens für Treibhausgasemissionen für alle Beteiligten.
- Einführung eines nach gleichen Regeln funktionierenden globalen Emissionshandels, mindestens jedoch auf G-20-Ebene.
- Erhalt der flexiblen Klimaschutzinstrumente aus dem Kyoto-Protokoll und Nutzung internationaler Gutschriften in einem einheitlichen (G-20)-Emissionshandelssystem.
- Förderung weltweiter Technologieentwicklung unter Beachtung geistiger Eigentumsrechte und eines wirksamen IPR-Schutzes.

### ■ Hintergrund

Ende Dezember wird die internationale Staatengemeinschaft in Paris bei der 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 21) einen weiteren Versuch dazu starten nach der gescheiterten Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2020 zu verabschieden.

Die chemische Industrie unterstützt die Bemühungen um den Abschluss eines solchen weltweiten Klimaschutzabkommens unter der UN-Klimarahmenkonvention, das für alle Staaten rechtlich verbindlich ist und vergleichbare Rahmenbedingungen für die Industrie in den wichtigsten Emittentenländern und den EU-Wettbewerbern vorgibt.

Um das politisch vereinbarte Ziel von maximal 2°C Temperaturerhöhung noch mit einer aus wissenschaftlicher Sicht akzeptablen Wahrscheinlichkeit zu erreichen, sind Reduktionsbeiträge aller großen Emittenten notwendig, zumindest aber der G-20-Staaten. Bislang steht die EU mit einem sehr ehrgeizigen Minderungsziel von 40 Prozent bezogen auf das Basisjahr 1990 noch weitgehend alleine. Alle anderen, bisher nur schleppe vorgelegten Minderungsverpflichtungen, bleiben weit hinter dem zurück, was aus derzeit wissenschaftlicher Sicht erforderlich wäre, um das 2°C-Ziel einzuhalten. Insbesondere die noch beabsichtigte Erhöhung der Treibhausgasemissionen in China, aber

auch in anderen Schwellenländern wird dazu führen, dass auf absehbare Zeit weltweit anstatt einem THG-Reduktionspfad zu folgen, die Emissionen insgesamt weiter deutlich ansteigen werden.

Vor allem die Industrie in Europa ist darauf angewiesen, dass sich durch ein internationales Abkommen die klima- und energiepolitischen Rahmenbedingungen für ihre Wirtschaften angleichen (level playing field), um ein Abwandern industrieller Produktion aus der EU in Regionen mit schwächeren oder gar keinen Klimaschutzvorgaben zu verhindern. Denn hierdurch wäre klimapolitisch nichts gewonnen. Es würden lediglich Emissionen verschoben (carbon leakage) und Europa gleichzeitig immer mehr eine entscheidende Grundlage für seinen Wohlstand verlieren (Investitions- und Arbeitsplatz-Leakage).

Aus Sicht der chemischen Industrie muss ein erfolgreiches Abkommen in Paris folgende Aspekte erfüllen:

## 1. Vergleichbare Minderungsbeiträge

Die EU hat bereits durch die unkonditionierte Festlegung eines THG-Reduktionsziels von minus 40 Prozent bis 2030 ihren Beitrag für das Paris-Abkommen vorgelegt. Vergleichbare Zusagen anderer Staaten fehlen derweil jedoch noch. Den bislang angekündigten THG-Reduktionszusagen einiger weniger Industriestaaten (EU, USA, Kanada, Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) von ca. 4 Mrd. t THG-Ausstoß bis 2030 gegenüber 1990 stehen Mehremissionen von mindestens 15 Mrd. t p. a. alleine in China und Mexiko entgegen. Die Verpflichtungszusagen sind weit von einer Vergleichbarkeit des Ambitionsniveaus entfernt. So bedeutet z. B. das bislang kommunizierte Klimaziel der USA umgerechnet auf das Basisjahr 1990 lediglich eine Reduktion von knapp 15 Prozent bis 2025. Die EU hat mit einer Reduktion der Emissionen von knapp 19 Prozent das Ziel der USA bereits heute deutlich übererfüllt.<sup>1</sup> Mit den bislang von anderen Staaten vorgelegten Minderungsbeiträgen ist weder ein ausreichender Klimaschutz zu erreichen, noch ist auf Basis dieser sehr unterschiedlichen und der teilweise noch sehr unvollständigen Zusagen davon auszugehen, dass sich ein level playing field für die Industrie in Europa einstellen kann.

Um die vorgelegte THG-Reduktionszusage der EU von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2030 aus industriepolitischer Sicht vertretbar zu machen, ist es deshalb notwendig, dass andere Staaten ihre Ziele unter dem Paris-Abkommen an das der EU anpassen und entsprechend erhöhen.

Ebenso sollte eine Angleichung der unterschiedlichen Ambitionen hinsichtlich der mittel- und langfristigen Klimaziele stattfinden. Während für das Paris-Abkommen eine Konkretisierung des Zwei-Grad-Ziels im Sinne einer Reduktion der weltweiten Treib-

---

<sup>1</sup> [http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:eb290b32-5e8e-11e4-9cbe-01aa75ed71a1.0021.02/DOC\\_1&format=PDF](http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:eb290b32-5e8e-11e4-9cbe-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF)

hausgase von 40 – 70 Prozent bis 2050 und dem Ziel von beinahe Nullemissionen bis Ende des Jahrhunderts derzeit verhandelt wird, gibt es bislang von nur wenigen anderen Staaten außer Deutschland und der EU dazu korrespondierende Reduktionsziele. Auch die langfristige Klarheit über vergleichbare Reduktionsanstrengungen in verschiedenen Weltregionen sind jedoch für die Herstellung eines level playing fields wichtig.

## **2. Verpflichtendes globales Berichts-, Mess- und Verifizierungswesen für THG-Emissionen einführen**

Grundvoraussetzung für einen Erfolg in Paris ist, dass neben vergleichbaren Minderungsversprechen ein gemeinsames Verständnis von THG-Reduktionen entwickelt wird, um unterschiedliche nationale Ansätze miteinander vergleichen zu können. Hierfür muss die Tonne Treibhausgasemissionen als das Hauptregelungsobjekt des Paris-Abkommens durch eine international festgelegte Definition bestimm- und messbar und so die nationalen Reduktionsanstrengungen für die Staatengemeinschaft untereinander nachprüfbar und miteinander vergleichbar gemacht werden. Dies bedeutet, dass unter dem Paris-Abkommen bzw. den begleitenden COP-Entscheidungen festgelegt werden muss, wie ein Staat die Reduktion von 1t CO<sub>2</sub>äqu. messen und verifizieren kann. Ein gemeinsamer Rahmen für Mess-, Berichts- und Verifizierungspflichten (MRV) muss somit essentieller Bestandteil des Abkommens werden. Dabei muss gelten, dass grundsätzlich jeder Staat nicht nur mess- sondern auch berichtspflichtig gegenüber der Klimarahmenkonvention ist. Dies ist nicht nur notwendig, um das Vertrauen zwischen den Staaten zu angemessenen Reduktionsanstrengungen zu stärken, sondern auch für Investoren, die zur Absicherung ihrer Investitionen in Klimaschutzprojekte die Gewissheit über erzielte THG-Reduktionen nur durch einen strengen und robusten MRV-Rahmen erhalten können.

Aus Sicht der chemischen Industrie sollte zudem die Partizipation von Staaten an Fördermaßnahmen der Klimarahmenkonvention, wie z. B. unter dem Green Climate Fund, davon abhängig gemacht werden, ob diese Staaten international nachprüfbar über die Emissionen in deren verschiedenen Sektoren berichten.

## **3. Weiterentwicklung des globalen Kohlenstoffmarktes und globaler Klima-Marktmechanismen**

Das Zustandekommen eines internationalen Klimaschutzabkommens führt noch nicht automatisch zu gleichen Wettbewerbsbedingungen im industriellen Bereich. Damit das Paris-Abkommen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Staaten fördert, ist es wichtig die jeweils kosteneffizientesten Maßnahmen für Treibhausgasreduktionen nach gleichen Regeln in allen Staaten zu ergreifen. Dies kann am besten durch die Weiterentwicklung des globalen Kohlenstoffmarktes (Emissionshandel) realisiert werden, der überall nach gleichen Regeln funktioniert. Bei richtiger Ausgestaltung ist dieser ein Garant dafür, dass Emissionsreduktionen dort erfolgen, wo sie am günstigsten zu realisieren sind und das bei Gleichbehandlung der Industrie in allen Staaten ohne

entsprechende Wettbewerbsverzerrungen. Auch hierfür ist jedoch die Verständigung auf gemeinsame Mess-, Berichts- und Verifizierungsmethoden (MRV) wichtig. Denn nur, wenn durch einen MRV-Rahmen die Höhe einzelner Treibhausgasreduktionen verlässlich festgestellt wird, kann diesen Reduktionen ein entsprechender Wert zugesprochen werden und so die kosteneffizientesten Emissionsvermeidungsmaßnahmen identifiziert werden. Begrenzte finanzielle Ressourcen, insbesondere auf Ebene der Staatshaushalte und die hohen Erwartungen an den Privatsektor zu Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, machen ebenfalls die Priorisierung kosteneffizienter THG-Reduktionspotentiale und damit die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des internationalen Kohlenstoffmarktes deutlich.

Ein erster Schritt in einen solchen globalen Kohlenstoffhandel könnte ein gemeinsames nach gleichen Regeln funktionierendes Emissionshandelssystem auf Ebene der G-20-Staaten sein. In einem solchen System wären nicht nur über drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen erfasst. Es würde vor allem ein einheitliches Regelwerk für alle wichtigen Länder mit höherem Industrieanteil bieten und somit ein level playing field ermöglichen. Ein solches System könnte, muss aber nicht zwingend nach dem Vorbild des EU-Emissionshandelssystems aufgebaut sein. Essentiell ist jedoch, dass für alle Beteiligten, d. h. insbesondere die adressierte Industrie, die gleichen Regeln gelten. Eine einfache Verlinkung ohne Regelabgleich der heute schon existierenden Emissionshandelssysteme ist hingegen nicht ausreichend, um ein level playing field für die Industrie herzustellen.

#### **4. Erhalt der flexiblen Klimaschutzinstrumente aus dem Kyoto-Protokoll und Nutzung der Gutschriften im G20-Emissionshandelssystem**

Neben der Einrichtung eines G-20-Emissionshandels gilt es auch unter dem Paris-Abkommen bereits bestehende Klimaschutzinstrumente wie den CDM (Clean Development Mechanism) oder JI (Joint Implementation) zu erhalten und neue großflächigere Ansätze wie den New Market Mechanism (NMM) und Framework for Various Approaches (FVA) weiter zu entwickeln. Hierfür muss das Paris-Abkommen ein klares Bekenntnis zu marktbasieren Klimaschutzinstrumenten aussprechen, die zum Ziel haben, gesetzte Klimaschutzziele zu den geringstmöglichen Kosten zu erreichen. Die Möglichkeit zur Beteiligung an solchen internationalen Marktmechanismen auf Seiten der Industrie- und Schwellenländer sollte von der rechtlich verbindlichen Erfüllung der selbst gesetzten INDCs abhängig gemacht werden. Die Nutzung entsprechender Gutschriften in einem G-20-Emissionshandelssystem würde zudem dazu führen, alle Emittenten weltweit miteinander zu verknüpfen und die Grundlage für einen künftigen echten internationalen Kohlenstoffmarkt legen. Bis dies der Fall ist, sollte die EU ihre Position nach Paris überdenken und auch in der vierten Handelsperiode die Nutzung internationaler Emissionshandels-gutschriften im EU-ETS ermöglichen.

## **5. Förderung weltweiter Technologieentwicklung unter Beachtung der Sicherung geistiger Eigentumsrechte**

Die Erwartungen an die Politik sind hoch, in Paris ein rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen abzuschließen. Der Abschluss eines solchen Abkommens in Paris würde ein wichtiges Signal für weltweite Investitionen in Low-Carbon-Technologien, Umweltschutz und Forschung bedeuten. Die chemische Industrie in Deutschland spielt hierbei eine Schlüsselrolle, denn nur mit ihren innovativen Produkten und Verfahren können in Zukunft das Problem des Klimawandels und die Energiewende in Deutschland sowie weitere Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in technologischer Hinsicht gelöst werden.

Damit die chemische Industrie weiterhin ihre Beiträge zum Klimaschutz erfüllen kann, ist es essentiell, dass ein Paris-Abkommen keine Interpretation zulässt oder gar Regelungen enthält, die zu einer Einschränkung geistiger Eigentumsrechte (IPR) führen. Denn nur wenn die umfassende Beachtung von IP-Rechten globale Gültigkeit hat, bleibt der Schlüsselreiz für Unternehmen erhalten weiter in Forschung und Entwicklung weltweit benötigter neuer und fortentwickelter Technologien zu investieren, ohne die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht begegnet werden kann.